

Inhalt

| | |
|--|----|
| ■ Ausschreibungen..... | 5 |
| Europäisches Parlament: Debatten und interaktive Workshops / Musik / Kunst (3 Aufrufe) | 5 |
| Kreatives Europa: Unterstützung der ukrainischen Vertriebenen und des ukrainischen Kultur- und Kreativsektors..... | 6 |
| Programm EU4 Health (EU4H)..... | 6 |
| ■ Öffentliche Konsultationen | 8 |
| Reisen – besserer Schutz für Reisende und ihre Rechte..... | 8 |
| ■ EU-Politik..... | 9 |
| Internationaler Tag der Demokratie: Kommission startet Jugendbeteiligungskohorte | 9 |
| EIB-Solidaritätsprogramm für die Ukraine | 9 |
| Rede zur Lage der Union..... | 10 |
| Energiepreise: Kommission schlägt marktbezogene Notfallmaßnahme vor | 10 |
| Kommission verbietet Zwangsarbeit hergestellte Produkte | 11 |
| NextGenerationEU: Europäische Kommission mobilisiert weitere 12 Mrd. Euro | 11 |
| COVID-19-Pandemie: 47,7 Mrd. Euro Hilfe von Team Europa für Partnerländer..... | 11 |
| Über 300 Mio. Euro für Interreg-Nordwesteuropa..... | 12 |
| Über 6000 Travel-Pässe für junge Menschen aus Deutschland | 12 |



| | |
|---|----|
| Lokale Behörden für nachhaltige Entwicklung..... | 13 |
| Umsetzung der Umweltpolitik..... | 13 |
| Beihilfenanzeiger 2021 belegt Rekordunterstützung durch COVID-19-Beihilfen | 14 |
| Erklärung zum Fahrplan zum neuen Migrations- und Asylpaket..... | 14 |
| Bekämpfung des Affenpockenausbruchs..... | 15 |
| Europäische Strategie für Pflege und Betreuung | 15 |
| Empfehlungen zum Schutz des Kulturerbes vor den Folgen des Klimawandels | 15 |
| Zwei neue Initiativen zu erneuerbaren Energien bzw. zum Schutz des ländlichen Erbes | 16 |
| Kommission untersagt Übernahme von GRAIL durch Illumina | 16 |
| Weniger Bürokratie bei Dokumenten für Behörden .. | 17 |
| Kooperation von Nachrichtenagenturen aus ganz Europa gestartet | 17 |
| Eurobarometer-Umfrage Sommer 2022..... | 18 |
| Bosnien und Herzegowina tritt dem EU-Katastrophenschutzverfahren bei | 18 |
| Solidarität mit der Ukraine: Neue Abkommen vertiefen Zusammenarbeit zwischen EU und Ukraine | 18 |
| COVID-19-Pandemie: Vorbereitung auf den Herbst und den Winter..... | 19 |
| EU-Wettbewerb für junge Übersetzer*innen und..... | 19 |
| Polen: EU eröffnet Zentrum für medizinische Evakuierungen | 20 |
| InvestEU in Deutschland: sozialer und bezahlbarer Wohnraum in Hannover..... | 20 |
| Sichere Verfügbarkeit von Medizinprodukten | 21 |



**Neue Europäische Bürgerinitiative zum
Thema Tabak.....21**

■ **Veranstaltungen.....22**

**CERV-Programm beim Deutschen Präventionstag in
Hannover22**

**CERV-Informationsveranstaltung für
Menschenrechts-organisationen (Online via Zoom) .22**

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e.V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,
Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778 E-Mail
h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband -
Gesamtverband e.V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,
E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e.V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe September 2022 ist der 15.09.2022.

■ Ausschreibungen

Europäisches Parlament: Debatten und interaktive Workshops / Musik / Kunst (3 Aufrufe)

Das Europäische Parlament hat im Rahmen des Programms der *Europäischen Jugendveranstaltung 2023* drei Aufrufe in den Bereichen „Debatten und interaktive Workshops“, „Musik“ sowie „Kunst“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet jeweils am **10.11.2022**.

Das Hauptziel der Aufrufe ist es, die europäische Staatsbürgerschaft unter jungen Menschen aufzubauen und zu stärken sowie das Bewusstsein dafür zu schärfen, wie die EU-Wahlen 2024 funktionieren.

Debatten und interaktive Workshops

Der Zweck der Aktivitäten besteht darin, das Engagement der Teilnehmenden zu fördern und ihr Bewusstsein für die Werte der Europäischen Union zu schärfen:

- Zusammenstellung eines integrativen, vielfältigen und engagierten, von Jugendlichen geführten Programms, das sich auf aktuelle Themen konzentriert, Debatten inspiriert und Ideen und Aktionen für die Zukunft Europas erstellt und / oder Ressourcen für Kapazitätsaufbau anbietet;
- Förderung eines Umfelds für Debatten und engagiertes Zuhören, welches das interkulturelle Verständnis und den Austausch fördert.

Musik

Das Musikprogramm soll kulturelles Verständnis und Akzeptanz schaffen und sprachliche Hindernisse überwinden. Musik bietet einen universellen Rahmen für die Diskussion von Werten. Es appelliert an ein breites Publikum und trägt zur Entwicklung der Soft Skills bei, die für die verantwortungsvolle Staatsbürgerschaft erforderlich sind.

Kunst

Der Zweck des Kunst & Kulturprogramms besteht darin, die o.g. Aktivitäten zu ergänzen, indem Aktivitäten angeboten werden, die kulturelles Verständnis und Akzeptanz schaffen und sprachliche Hindernisse überwinden. Kunst bietet einen universellen Rahmen für die Erörterung von Werten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) (Debatten), [hier](#) (Musik) und [hier](#) (Kunst).

Kreatives Europa: Unterstützung der ukrainischen Vertriebenen und des ukrainischen Kultur- und Kreativsektors

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des Programms Kreatives Europa einen Aufruf zum Thema „Unterstützung der ukrainischen Vertriebenen und des ukrainischen Kultur- und Kreativsektors“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **29.11.2022**.

Kultur ist einer der Bausteine jeder Nation. Der kulturelle Ausdruck und der Zugang zu Kultur sind unverzichtbare Elemente, um zu leben und uns dabei zu helfen, mit traumatischen Ereignissen umzugehen, die individuelle und kollektive Widerstandsfähigkeit und eine Perspektive für eine Zukunft nach dem Krieg aufzubauen.

Der Krieg in der Ukraine hat verheerende Auswirkungen auf das ukrainische kulturelle Erbe und auf kulturelle Organisationen und Künstler*innen.

Ziel des besonderen Aufrufs ist es, den ukrainischen kulturellen und kreativen Organisationen sowie Künstler*innen und Fachleuten zu helfen, kurz- und mittelfristig die prioritären Herausforderungen zu bewältigen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Programm EU4 Health (EU4H) (4 Aufrufe)

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des EU4 Health-Programms vier neue Aufrufe veröffentlicht. Die Einreichfrist endet jeweils am **21.02.2023**.

1 - Prävention von nicht übertragbaren Krankheiten - Herz - Kreislauf - Erkrankungen, Diabetes und andere:

Ziel dieser Aktion ist es, die Belastung durch nicht übertragbare Krankheiten und damit verbundene Risikofaktoren zu verringern:

- Herz – Kreislauf - Erkrankungen und Diabetes sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene;
- nicht übertragbare Krankheiten außer den fünf Aktionssträngen der Initiative „Gesünder zusammen - EU4H-Initiative“ und Krebs.

2 - Einführung der zweiten Kohorte der Inter-Fachgebiete des Krebsausbildungsprogramms:

Ziel dieser Aktion ist es, die Implementierungsabdeckung der ersten Kohorte des Krebsausbildungsprogramms auszuweiten. Die Aktion soll zusätzlich eine Verbreitungsveranstaltung organisieren.

3 - Strukturierter Dialog zur öffentlichen Beschaffung im Gesundheitssektor – Hera:

Die vorgeschlagene Aktion unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Organisation einer gründlichen Bewertung der öffentlichen Beschaffung im Gesundheitssektor auf nationaler und/oder regionaler Ebene durch kollektive Intelligenz.

Diese Einschätzung sollte von relevanten nationalen / regionalen Stakeholdern organisiert werden, an denen die Behörden der interessierten Mitgliedstaaten beteiligt sind. Die Bewertung wird in Arbeitsthemen organisiert, die den Austausch erleichtern und die bereitgestellten Informationen und Daten sammeln und analysieren.

4 - Prävention von Krebs und anderen nicht übertragbaren Krankheiten – Gesundheitsdeterminanten:

Ziel dieser Maßnahme ist es, die Umsetzung der gemeinsamen Maßnahmen zur „Krebs- und anderen nicht übertragbaren Krankheiten-Maßnahmen zu Gesundheitsdeterminanten“ zu ergänzen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) (1 - nicht übertragbare Krankheiten), [hier](#) (2 - Krebsausbildungsprogramms), [hier](#) (3 - Beschaffung) und [hier](#) (4 - Gesundheitsdeterminanten).

■ Öffentliche Konsultationen

Reisen – besserer Schutz für Reisende und ihre Rechte

Wie die Kommission in ihrer Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität betont hat (Maßnahmen 63 und 64), bedeutet eine faire Mobilität auch, Reisende und ihre Rechte zu schützen:

Die Kommission wird den Rechtsrahmen für die Rechte von Reisenden daher überprüfen, um seine Widerstandsfähigkeit auch bei längeren Verkehrsstörungen zu gewährleisten und Optionen für multimodale Tickets aufzunehmen.

Sie wird die verfügbaren Möglichkeiten bewerten und gegebenenfalls ein angemessenes finanzielles Absicherungssystem vorschlagen, um Reisende vor dem Risiko einer Liquiditätskrise oder einer Insolvenz des Unternehmens zu schützen, was die Erstattung von Tickets oder, falls erforderlich, die Rückbeförderung in ihre Heimatländer betrifft.

Verschiedene Interessengruppen sind direkt von dem jeweiligen Politikbereich betroffen. Es wurden drei große Kategorien ermittelt:

- Passagiere / Verbraucher, einschließlich schutzbedürftiger Gruppen, wie Passagiere mit Behinderungen und mit eingeschränkter Mobilität;
- Die Branche: Verkehrsunternehmen, Bahnhöfe, Terminals oder- (Flug-)Hafenmanager und Vermittler;
- Durchsetzungsbehörden, Einrichtungen und Gerichte.

Diesbezügliche Beiträge können bis zum **07.12.2022** eingereicht werden.

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13290-Reisen-besserer-Schutz-fur-Reisende-und-ihre-Rechte/public-consultation_de

■ EU-Politik

Internationaler Tag der Demokratie: Kommission startet Jugendbeteiligungskohorte

Anlässlich des Internationalen Tags der Demokratie und des Europäischen Jahres der Jugend hat die Europäische Kommission am 15.09.2022 die Kohorte für die politische und bürgerschaftliche Beteiligung junger Menschen ins Leben gerufen, um junge Menschen bei der Förderung der Demokratie auf lokaler und globaler Ebene zu unterstützen.

Die Europäische Kommission übernimmt zusammen mit den Regierungen Nepals und Ghanas, der Europäischen Partnerschaft für Demokratie, AfricTivistes und dem Europäischen Demokratie-Jugendnetzwerk die Führung der Kohorte. Der Startschuss wurde auf einer Veranstaltung gegeben, an der Vertreter von Regierungen, EU-Organen, USAID, Organisationen der Zivilgesellschaft, Hochschulen und Denkfabriken teilnahmen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5455

EIB-Solidaritätsprogramm für die Ukraine

Die Europäische Investitionsbank (EIB), die Bank der EU, hat gestern die ersten Tranchen des [Hilfspakets von 1,59 Mrd. Euro unter dem Solidaritätsprogramm für die Ukraine](#) ausgezahlt, das durch eine EU-Garantie abgesichert ist.

Mit den ausgezahlten 500 Mio. Euro kann die Ukraine kurzfristigen Finanzierungsbedarf für vorrangige Maßnahmen decken und dringende Reparaturen an Straßen, Brücken und Schieneninfrastruktur vornehmen. Dies umfasst auch Hilfen für strategisch wichtige staatseigene Einrichtungen: die Straßenbaubehörde Ukravtodor und die Bahngesellschaft Ukrzaliznytsya.

So kann die Ukraine ihr Bahnnetz, Straßen und Brücken reparieren, um Menschen, Getreide und andere Güter zu befördern. Als einer der größten Getreideexporteure der Welt ist das Land auf diese Reparaturen angewiesen, damit die Wirtschaft sich erholt. Die Maßnahmen verbessern zudem die Anbindung an die Europäische Union.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5509

Rede zur Lage der Union

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in ihrer jährlichen Rede zur Lage der Union das gemeinsame Handeln Europas in den letzten Monaten gewürdigt. *„In diesem Jahr haben wir, kaum hatten die russischen Truppen die ukrainische Grenze überschritten, geeint, entschlossen und schnell reagiert. Und darauf sollten wir stolz sein. Wir haben die innere Stärke Europas wieder zum Vorschein gebracht“*, sagte von der Leyen vor dem Europäischen Parlament. Diese Stärke werde gebraucht, denn die bevorstehenden Monate würden nicht leicht, so von der Leyen weiter: *„Weder für Familien, die nur schwer über die Runden kommen, noch für Unternehmen, die schwierige Zukunftsentscheidungen treffen müssen.“*

Weitere Informationen (Rede):

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_22_5493

Energiepreise: Kommission schlägt marktbezogene Notfallmaßnahme vor

Die Kommission schlägt eine Notfallmaßnahme auf den europäischen Energiemärkten vor, um den jüngsten dramatischen Preissteigerungen entgegenzuwirken. Die EU ist mit den Auswirkungen eines ernsten Ungleichgewichts zwischen Energienachfrage und -angebot konfrontiert, das vor allem darauf zurückzuführen ist, dass Russland seine Energieressourcen weiterhin als Waffe einsetzt.

Um die daraus resultierenden stärkeren Belastungen für die Haushalte und Unternehmen in Europa abzumildern, unternimmt die Kommission nun einen weiteren Schritt zur Lösung des Problems mit Vorschlägen für *Sondermaßnahmen zur Verringerung der Stromnachfrage*, die dazu beitragen werden, die Stromkosten für die Verbraucher zu senken, sowie für Maßnahmen zur *Umverteilung der Überschusserlöse des Energiesektors an die Endkunden*. Damit wird angeknüpft an die bereits vereinbarten Maßnahmen zur [Gasspeicherung](#) und zur [Senkung der Gasnachfrage](#) im Hinblick auf den kommenden Winter.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5489

Kommission verbant in Zwangsarbeit hergestellte Produkte

Die Kommission hat am 14.09.2022 vorgeschlagen, Produkte, die in Zwangsarbeit hergestellt werden, auf dem EU-Markt zu verbieten. Ohne bestimmte Unternehmen oder Wirtschaftszweige ins Visier zu nehmen, deckt der Vorschlag sämtliche Produkte ab, unabhängig davon, ob sie in der EU für den Inlandsverbrauch oder die Ausfuhr hergestellt oder aus Drittstaaten eingeführt werden.

Dieser umfassende Ansatz ist wichtig, da in vielen Wirtschaftszweigen und in allen Weltregionen insgesamt schätzungsweise 27,6 Mio. Menschen Opfer von Zwangsarbeit sind. Zwangsarbeit findet hauptsächlich in der Privatwirtschaft statt, wird aber in einigen Fällen auch staatlich angeordnet.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5415

NextGenerationEU: Europäische Kommission mobilisiert weitere 12 Mrd. Euro

Die Europäische Kommission hat am 13.09.2022 im Rahmen ihres Vorzeigeprogramms NextGenerationEU eine doppelte Tranche Anleihen im Wert von 12 Mrd. Euro ausgegeben.

Dies ist die zwölfte syndizierte Transaktion im Rahmen von NextGenerationEU und die siebte im Jahr 2022. Sie besteht aus einer neuen Anleihe mit fünfjähriger Laufzeit in Höhe von 7 Mrd. Euro, die am 04.10.2027 fällig wird, und einer neuen Anleihe mit einer Laufzeit von 30 Jahren mit einem Wert von 5 Mrd. Euro, die am 04.10.2052 fällig wird.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5499

COVID-19-Pandemie: 47,7 Mrd. Euro Hilfe von Team Europa für Partnerländer

Seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie Anfang 2020 haben die EU, die EU-Mitgliedstaaten und die europäischen Finanzinstitutionen als „Team Europa“ 47,7 Mrd. Euro zur Unterstützung von Partnerländern bei der Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen ausgezahlt und dabei ihre Zusagen durch konkrete Ergebnisse erfüllt.

Dieser Betrag übersteigt bereits bei Weitem das im Frühjahr 2020 ursprünglich zugesagte Unterstützungspaket von Team Europa in Höhe von 20 Mrd. Euro, das inzwischen auf 53,7 Mrd. Euro aufgestockt wurde.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5431

Über 300 Mio. Euro für Interreg-Nordwesteuropa

Deutschland erhält von 2021 bis 2027 zusammen mit sechs weiteren Ländern in Nordwesteuropa 310 Mio. Euro für Projekte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Die EU-Kommission hat das entsprechende Interreg-Programm für Nordwesteuropa verabschiedet. Aus Deutschland nehmen Bremen, Niedersachsen (Weser-Ems, Leine-Weser), Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern an dem Programm teil. Sie werden gemeinsame Projekte mit Regionen aus Belgien, Frankreich, Irland, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz umsetzen. Gefördert werden soll die Zusammenarbeit in den Bereichen Klima und Umwelt, Energiewende, Kreislaufwirtschaft, inklusive Gesellschaft sowie Innovation und Resilienz.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/uber-300-millionen-euro-fur-die-grenzüberschreitende-zusammenarbeit-zwischen-deutschland-und-2022-09-13_de

Über 6000 Travel-Pässe für junge Menschen aus Deutschland

Zum zweiten Mal in diesem Jahr werden 35.000 junge Menschen einen Bahnpass erhalten, um Europa und seine reiche Kultur zu entdecken. Nach Deutschland gehen mindestens 6069 Tickets. Die EU-Kommission vergibt im Rahmen von DiscoverEU die kostenlosen Travel-Pässe an Europäer*innen im Alter von 18 Jahren. Bis zum 25.10.2022 können sich Interessierte in Erasmus+-Programmländern bewerben.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-vergibt-uber-6000-travel-passe-junge-menschen-aus-deutschland-ab-morgen-können-sich-18-2022-09-12_de

Lokale Behörden für nachhaltige Entwicklung

Die Europäische Kommission hat Partnerschaftsrahmenvereinbarungen mit fünf globalen Verbänden lokaler Gebietskörperschaften unterzeichnet: *Association Internationale des Maires Francophones* (AIMF), *Commonwealth Local Government Forum* (CLGF), *Platforma/Conseil Européen des municipalités et Régions* (RGRE), *United Cities and Local Government* (UCLG) und *United Cities and Local Government of Africa* (UCLGA). Die Vereinbarungen, die mit 50 Mio. Euro im Rahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ unterstützt werden, stärken die Rolle der lokalen Behörden und ihrer Verbände bei der Formulierung von Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf lokaler, regionaler und globaler Ebene.

In den fünf erneuerten Partnerschaftsvereinbarungen, die bis zum 30.04.2026 in Kraft sein werden, wird der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Gestaltung und Umsetzung der Maßnahmen anerkannt, die zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung erforderlich sind, insbesondere um Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, resilient und nachhaltig zu gestalten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5395

Umsetzung der Umweltpolitik

Die Kommission hat am 08.09.2022 ihre dritte Überprüfung der Umsetzung der Umweltpolitik (Environmental Implementation Review, EIR, im Folgenden die „Überprüfung“) vorgelegt, ein wichtiges Berichtsinstrument, um die Durchsetzung des Umweltrechts zu verbessern und zur Sensibilisierung für die Bedeutung der Umsetzung von Umweltvorschriften beizutragen.

Die Lücke zwischen dem, was auf Unionsebene beschlossen wird, und dem, was vor Ort umgesetzt wird, muss geschlossen werden, um ein gutes Schutzniveau für die Bürger und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen zu gewährleisten und zugleich Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung zu eröffnen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5367

Beihilfenanzeiger 2021 belegt Rekordunterstützung durch COVID-19-Beihilfen

Der am 08.09.2022 von der Europäischen Kommission veröffentlichte [Anzeiger für staatliche Beihilfen 2021](#), der sich auf die Ausgaben für staatliche Beihilfen im Jahr 2020 bezieht, zeigt, dass die Beihilfepolitik für die Erhaltung eines fairen Binnenmarkts von entscheidender Bedeutung ist und gleichzeitig den Mitgliedstaaten die Möglichkeit bietet, Unternehmen in unvorhergesehenen Krisen zu unterstützen.

Im Jahr 2020 gewährten die Mitgliedstaaten staatliche Beihilfen im Umfang von 384,33 Mrd. Euro (Gesamtbetrag für alle Beihilfeziele) – 227,97 Mrd. Euro davon halfen schwer von der COVID-19-Pandemie getroffenen Unternehmen zu überleben.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5369

Erklärung zum Fahrplan zum neuen Migrations- und Asylpaket

Die Kommission begrüßt die politische Einigung zwischen den beiden gesetzgebenden Organen über einen gemeinsamen Fahrplan für das Gemeinsame Europäische Asylsystem und das neue Migrations- und Asylpaket. Damit wird das gemeinsame Engagement bekräftigt, vor Ende der Legislaturperiode 2019–2024 alle erforderlichen Schritte für die Annahme der Legislativvorschläge zum Asyl- und Migrationsmanagement zu unternehmen.

Das Paket bietet den umfassenden Ansatz, der für eine wirksame und humane Steuerung der Migration erforderlich ist. Es ist wichtig, dass wir somit nun einen klaren Weg für das weitere Vorgehen mit einem Zeitplan für Verhandlungen zwischen den beiden gesetzgebenden Organen haben, die spätestens Ende 2022 aufgenommen und bis Februar 2024 abgeschlossen werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_5383

Bekämpfung des Affenpockenausbruchs

HERA, die EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen, hat am 07.09.2022 170 920 Dosen des Impfstoffs der dritten Generation von Bavarian Nordic gesichert, um auf den anhaltenden Ausbruch der Affenpocken zu reagieren und den Sofortbedarf zu decken. Damit steigt die die Zahl der von der EU für die Mitgliedstaaten direkt angekauften Dosen auf insgesamt 334 540.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5362

Europäische Strategie für Pflege und Betreuung

Die Europäische Kommission stellte am 07.09.2022 die Europäische Strategie für Pflege und Betreuung vor. Das Ziel ist, hochwertige, bezahlbare und leicht zugängliche Pflege- und Betreuungsdienste in der gesamten Europäischen Union zu gewährleisten und sowohl die Situation der Betreuungs- und Pflegebedürftigen als auch die Situation derjenigen, die sich professionell oder informell um sie kümmern, zu verbessern.

Zusammen mit der Strategie werden zwei an die Mitgliedstaaten gerichtete Empfehlungen vorgelegt, die die Überarbeitung der Barcelona-Ziele zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung und den Zugang zu bezahlbarer und hochwertiger Langzeitpflege betreffen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5169

Empfehlungen zum Schutz des Kulturerbes vor den Folgen des Klimawandels

Zeitgleich mit den Europäischen Tagen des Kulturerbes 2022, die sich um das Thema Nachhaltigkeit drehen, veröffentlicht die Kommission am 07.09.2022 einen Bericht darüber, wie die Resilienz des Kulturerbes gegenüber den Folgen des Klimawandels gestärkt werden kann.

Der Klimawandel bedroht direkt oder indirekt jede Art von Kulturerbe, unter anderem durch schwere Niederschläge, lange Hitzewellen, Dürren, heftige Winde und den Anstieg des Meeresspiegels.

In dem heute veröffentlichten Bericht gibt die Expertengruppe zehn Empfehlungen dazu ab, wie die Resilienz des Kulturerbes gegenüber dem Klimawandel erhöht werden kann.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5353

Zwei neue Initiativen zu erneuerbaren Energien bzw. zum Schutz des ländlichen Erbes

Die Kommission hat am 07.09.2022 beschlossen, die folgenden zwei Europäischen Bürgerinitiativen zu registrieren: „Ausstattung aller europäischen Häuser mit einer Photovoltaikleistung von 1 kW und Windkraftanlagen mit 0,6 kW mit EU-Mitteln allein über die Gemeinden“ und „Schutz des ländlichen Erbes der EU, der Ernährungssicherheit und Versorgung“.

Da diese Europäische Bürgerinitiativen (EBI) die formalen Voraussetzungen erfüllen, sind sie nach Auffassung der Kommission rechtlich zulässig. Eine inhaltliche Prüfung der Vorschläge hat die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5352

Kommission untersagt Übernahme von GRAIL durch Illumina

Die Europäische Kommission hat die bereits vollzogene Übernahme von GRAIL durch Illumina nach der EU-Fusionskontrollverordnung untersagt. Der Zusammenschluss hätte die Innovation behindert und die Auswahl auf dem neu entstehenden Markt für blutbasierte Krebsfrüherkennungstests eingeschränkt. Illumina hat keine ausreichenden Abhilfemaßnahmen angeboten, um diese Bedenken auszuräumen.

Der heutige Beschluss der Kommission folgt auf eine eingehende Untersuchung des Zusammenschlusses, der zu einer vertikalen Integration von Illumina, dem konkurrenzlosen Anbieter von Sequenzierungssystemen der nächsten Generation für Gen- und Genomanalysen, und GRAIL, einem Kunden von Illumina, der NGS-Systeme zur Entwicklung von Krebserkennungstests einsetzt, führt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5364

Weniger Bürokratie bei Dokumenten für Behörden

In Zukunft sollen die Bürger*innen und Bürger ein Dokument nur einmal bei einer öffentlichen Behörde einreichen müssen. Für das dafür einheitliche technische "Once Only Technical System" hat die EU-Kommission am 06.09.2022 die Durchführungsverordnung veröffentlicht. Zuvor hatten die EU-Mitgliedstaaten zugestimmt. Ab Ende 2023 soll es zur Verfügung stehen.

Das "Once Only Technical System" (OOTS) wird es öffentlichen Behörden in der gesamten EU ermöglichen, auf Anfrage von Bürger*innen und Unternehmen amtliche Dokumente und Daten auf einfach und effizient auszutauschen. Mit dem System, das die nationalen Portale miteinander verbindet, sollen die Bürger*innen ein Dokument nur einmal bei einer öffentlichen Behörde einreichen können.

Das OOTS-System wird auch ein wiederverwendbares Modell für andere Datenräume innerhalb der EU liefern.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/weniger-burokratie-bei-dokumenten-fur-behorden-eu-bereitet-den-weg-fur-once-only-2022-09-06_de

Kooperation von Nachrichtenagenturen aus ganz Europa gestartet

Am 06.09.2022 fiel der offizielle Startschuss für den „Europäischen Newsroom“, ein Kooperationsprojekt von 18 Nachrichtenagenturen aus ganz Europa. Die teilnehmenden Agenturen haben die Chance zur Aus- und Weiterbildung, Faktenchecks werden dazu beitragen, Tendenzen wie, Desinformation und Propaganda durch Qualitätsjournalismus zu bekämpfen. Koordiniert wird das Projekt von der Deutschen Presse-Agentur. Der Sitz befindet sich in den Räumlichkeiten von Belga, der belgischen Presseagentur in Brüssel.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kooperation-von-nachrichtenagenturen-aus-ganz-europa-europaischer-newsroom-offiziell-gestartet-2022-09-06_de

Eurobarometer-Umfrage Sommer 2022

Die Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Sommer 2022 zeigt, dass das Vertrauen der Bürger*innen in die EU gewachsen ist und dass die Reaktion der EU auf die Aggression Russlands gegen die Ukraine weiterhin nachdrücklich unterstützt wird. Eine überwältigende Mehrheit der EU-Bürger*innen befürwortet Investitionen in erneuerbare Energien und Maßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeit der EU von russischen Energiequellen. Die Euro-Zustimmungsrate liegt auf dem bisherigen Höchststand.

Die Europäer*innen zeigen sich jedoch zunehmend besorgt über die wirtschaftliche Lage in der EU und in ihrem eigenen Land.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5266

Bosnien und Herzegowina tritt dem EU-Katastrophenschutzverfahren bei

Am 06.09.2022 wird Bosnien und Herzegowina Vollmitglied des EU-Katastrophenschutzverfahrens – dem europäischen Solidaritätsrahmen, mit dem Länder unterstützt werden, die von einer Katastrophe heimgesucht werden.

Bosnien und Herzegowina hat bereits Hilfe im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens empfangen, aber nun wird es dank seiner Vollmitgliedschaft auch in der Lage sein, Hilfe über das Verfahren aktiv zu entsenden, wo immer dies erforderlich sein wird.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5343

Solidarität mit der Ukraine: Neue Abkommen vertiefen Zusammenarbeit zwischen EU und Ukraine

Die EU und die Ukraine vertiefen ihre Zusammenarbeit in weiteren Politikbereichen. Am Rande des Assoziationsrats EU-Ukraine unterzeichneten beide Seiten sektorale Abkommen in den Bereichen Digitales, Zoll und Steuer.

Zudem wurde ein neues Budgethilfeprogramm in Höhe von 500 Mio. Euro aufgelegt. Es wird dazu beitragen, Wohnraum und Bildung für Binnenvertriebene und Rückkehrer zu gewährleisten und den ukrainischen Agrarsektor zu unterstützen.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/solidaritat-mit-der-ukraine-neue-abkommen-vertiefen-zusammenarbeit-zwischen-eu-und-ukraine-2022-09-05_de

COVID-19-Pandemie: Vorbereitung auf den Herbst und den Winter

Die Kommission schlug am 02.09.2022 [konkrete Maßnahmen](#) vor, um einem plötzlichen Anstieg der COVID-19-Fälle in der bevorstehenden Herbst- und Wintersaison zuvorzukommen. Die Mitgliedstaaten werden von der Kommission nachdrücklich dazu aufgefordert, die nötigen Strategien und Strukturen umzusetzen, um schnell und fortgesetzt auf künftige COVID-19-Ausbrüche reagieren zu können.

Das wichtigste Ziel der durch die Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen ist die Steigerung der Impfquote unter Einbeziehung der angepassten und neuen Impfstoffe und die Sicherstellung eines ausreichenden Schutzes für alle Bürger*innen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5302

EU-Wettbewerb für junge Übersetzer*innen und

Ab sofort können sich Sekundarschulen in allen EU-Ländern für *Juvenes Translatores* anmelden, den jährlichen Übersetzungswettbewerb der Europäischen Kommission. Die Teilnehmenden können beliebig aus einer der 24 EU-Amtssprachen in eine andere übersetzen. Daraus ergeben sich 552 mögliche Sprachkombinationen.

Die Teilnahme am Wettbewerb erfolgt in zwei Phasen. In der ersten Phase müssen sich interessierte Schulen bis **20.10.2022, 12.00 Uhr** anmelden. Anschließend lädt die EU-Kommission 705 Schulen zur nächsten Runde (Phase 2) ein.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5222

Polen: EU eröffnet Zentrum für medizinische Evakuierungen

Der Kommissar für Krisenmanagement Janez Lenarčič eröffnete am 01.09.2022 in Polen gemeinsam mit den Gesundheitsministern Polens und der Ukraine offiziell das neue Zentrum der EU für die medizinische Evakuierung ukrainischer Patient*innen. Das Zentrum liegt strategisch günstig nahe der polnischen Stadt Rzeszów, wo sich einer der am nächsten zur Ukraine gelegenen Flughäfen befindet.

Das neue Zentrum der EU für medizinische Evakuierungen wird aus dem EU-Katastrophenschutzverfahren finanziert und ist Teil eines umfassenderen Programms zur medizinischen Evakuierung, das die Europäische Union im März 2022 auf den Weg gebracht hat.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5265

InvestEU in Deutschland: sozialer und bezahlbarer Wohnraum in Hannover

Die Europäische Investitionsbank (EIB) vergibt 60 Mio. Euro an die kommunale Wohnungsgesellschaft hanova. Das Darlehen ist durch eine Garantie unter dem neuen Programm „InvestEU“ besichert. Damit unterstützt die EIB ein Bauprogramm von hanova für sozialen und bezahlbaren Wohnraum in Hannover, das den hohen Energieeffizienzstandards der EU entspricht.

hanova ist seit 1927 die Wohnungsgesellschaft von Hannover und hat dort rund 15 000 Wohnungen. Die Gesellschaft setzt die Wohnungspolitik der Stadt um und baut vor allem Sozial- und bezahlbare Mietwohnungen. Durch das Projekt entstehen 640 neue Wohneinheiten – 232 Sozialwohnungen und 408 bezahlbare Wohnungen. Dafür erhält hanova das erste Darlehen, das die EIB in Deutschland im Rahmen des neuen Programms „InvestEU“ vergibt. Durch die InvestEU-Garantie aus dem EU-Haushalt kann die EIB ein unbesichertes Darlehen mit sehr langer Laufzeit bereitstellen und damit eine Finanzierungslücke schließen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5226

Sichere Verfügbarkeit von Medizinprodukten

Die EU-Kommission will mit neuen Maßnahmen den Übergang zu strengeren EU-Vorschriften bei der Regulierung von Medizinprodukten erleichtern und Engpässe vermeiden.

Die Koordinierungsgruppe Medizinprodukte (MDCG) unter dem Vorsitz der Kommission hat eine Liste von Maßnahmen gebilligt, die den Übergang zur Verordnung über Medizinprodukte (MDR) und zur Verordnung über In-vitro-Diagnostika (IVDR) einfacher machen soll. Die Liste ist eine Folgemaßnahme der Tagung der Gesundheitsminister (EPSCO) vom 14.06.2022. Ziel ist es, die Kapazitäten der benannten Stellen und die Bereitschaft der Hersteller zu unterstützen.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-erhoht-die-sichere-verfuegbarkeit-von-medizinprodukten-2022-08-29_de

Neue Europäische Bürgerinitiative zum Thema Tabak

Die Kommission hat am 24.08.2022 beschlossen, eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) mit dem Titel „Aufruf zur Verwirklichung einer tabakfreien Umgebung und der ersten tabakfreien Generation Europas bis 2030“ zu registrieren.

Die Organisatoren der Initiative fordern die Kommission auf, Rechtsvorschriften vorzuschlagen, um neue Generationen vor einer Tabakabhängigkeit zu bewahren, gegen die Umweltgefährdung vorzugehen und das Rauchen zu bekämpfen.

Da diese Europäische Bürgerinitiative (EBI) die formalen Voraussetzungen erfüllt, ist sie nach Auffassung der Kommission rechtlich zulässig. Eine inhaltliche Prüfung des Vorschlags hat die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgenommen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5103

■ Veranstaltungen

CERV-Programm beim Deutschen Präventionstag in Hannover

Der 27. Deutsche Präventionstag (DPT) findet mit großer Kongressausstellung, Vorträgen und dem Schwerpunkt Begegnung, Austausch und Interaktion am 04.&05.10.2022 im HCC Hannover statt.

Erstmals wird in diesem Jahr die Kontaktstelle CERV (Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ / "Citizens, Equality, Rights and Values") am **04.10.2022** (10-18 Uhr) mit einem Stand und einem Beitrag im Open Space-Programm des DPT vertreten sein. Das breitgefächerte Kongressprogramm mit Themen wie Prävention von Kindesmissbrauch, Hassrede, Diskriminierung uvm. bietet viele Schnittstellen mit den CERV-Förderbereichen DAPHNE und Gleichstellung.

Weitere Informationen: <https://www.kontaktstelle-cerv.de/termine/cerv-vor-ort-beim-deutschen-praeventionstag-in-hannover-2022-10-04-41>

CERV-Informationsveranstaltung für Menschenrechtsorganisationen (Online via Zoom)

Die Kontaktstelle CERV Deutschland lädt am **10.10.2022** (14-15:30 Uhr) Akteur*innen aus Menschenrechtsorganisationen ein zur Vorstellung des 2021 gestarteten EU-Förderprogramms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV). Das CERV-Programm bietet etliche Anknüpfungspunkte für Projekte von Menschenrechtsorganisationen, die sich z.B. für die Gleichstellung, Nicht-Diskriminierung, mehr Gewaltprävention und bürgerschaftliches Engagement einsetzen.

Die kostenlose Online-Veranstaltung gibt zunächst einen Überblick über das CERV-Programm unter dem Fokus „Menschenrechte“ und bietet die Gelegenheit, Fragen zu stellen und zu prüfen, ob Ihre Projektidee zum CERV-Programm passen könnte. Daran anschließend werden wichtige Bausteine für die Antragstellung unter die Lupe genommen.

Weitere Informationen: <https://www.kontaktstelle-cerv.de/termine/cerv-informationsveranstaltung-fuer-menschenrechtsorganisationen-2022-10-10-44>